

Zeitschrift: Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art
Band: 59 (1972)
Heft: 3: Wohnungsbau

Vereinsnachrichten: SWB-Kommentare 22

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DE AUSBLICKUNG DER WERKLEHRER DER LEHRLEHRETTEN IN DEN BETRIEBEN MIT
MUSSTE MAN NICHT GANZ KONKRET SOFORT

ES IST WIKL AUFGEFALLEN DAS IN DERSEN SCHWACH BEIET WÄRDIE
VERWALTUNGSLEHRE BEI DEN LEHRLEHRETTEN
BESONNEN BEI DER VERWALTUNG DER LEHRLEHRETTEN INSTANTEN NICHT SCHER-
STREIZ KONNEN, DAS DER VERWALTUNG DER LEHRLEHRETTEN TRAIT
UND VERWALTUNGSLEHRETTEN, SINDAR

ANDERE LÖSUNGEN

HISTORISCH: ICH HABE, BEI EINER ANLEGE, EINERLEHRETTEN, WER ICH GEM
ZUM LEHRLEHRETTEN IN DER LEHRLEHRETTEN INSTANTEN NICHT SCHER-
STREIZ KONNEN, DAS DER VERWALTUNG DER LEHRLEHRETTEN TRAIT
UND VERWALTUNGSLEHRETTEN, SINDAR

BEZUGEN-DUR DIE LEHRLEHRETTEN INSTANTEN NICHT SCHER-
STREIZ KONNEN, DAS DER VERWALTUNG DER LEHRLEHRETTEN TRAIT
UND VERWALTUNGSLEHRETTEN, SINDAR

AN DIE HAND NEHMEN UND ANSTREBEN?

WIKL AUFGEFALLEN DAS IN DERSEN SCHWACH BEIET WÄRDIE
VERWALTUNGSLEHRE BEI DEN LEHRLEHRETTEN
BESONNEN BEI DER VERWALTUNG DER LEHRLEHRETTEN INSTANTEN NICHT SCHER-
STREIZ KONNEN, DAS DER VERWALTUNG DER LEHRLEHRETTEN TRAIT
UND VERWALTUNGSLEHRETTEN, SINDAR

SWB-Kommentare 22

Herausgeber: Schweizerischer Werkbund
Florastraße 30, 8008 Zürich, 01-34 44 09

März 1972

Redaktion: Dieter Bleifuss
Bankstr. 30, 8610 Uster, 01-87 07 94

WIE VERWALTUNGSLEHRLINGE AUF DER GEMEINDEKANZLEI EINER GROSSEBEN GEMEINDE AUSGEWELDET WERDEN:

Aus einem Flugblatt der Lehrlingsgruppe "REVA"

Aus dem Alltag im 1. Lehrjahr:

- FRÜH MORGENS MUSS DER LEHRLING ZUERST DIE POST IM POSTFACH ABHOLEN GEBEN.
- DA DER SITZUNGSZAAL VOM VORDBEREN ABEND HER NOCH NICHT AUFGEBAUMT IST, MUSS DER STIFT DIE PAPIERKORBEN DORT LEHREN, ZIGARETTENSTUMPEL WEGRAUBEN, FLASCHEN BINGAMMELN UND GLÄSER ABWASCHEN.
- NUN WIRD ER ABOESANDT ZUM AUFRAUBEN UND ABSTAUBEN DES DRUCKSACHEN-ARCHIVES.
- GLÜCKLICH KANN ER SICH GEGEN ENDE DES VORMITTAGS HINTER DEN ARBEITSTISCH SETZEN.... SICHER WIRD IHM DER KANZLEISEKRETÄR GLEICH EINE INTERESSANTE UND LEHRREICH ARBEIT ERKLÄREN..... DOCH SCHON SAID WIRD DER LEHRLING ERWARTET!
- IN ALLER WINDESSELLE IST EIN 4-SEITIGER BRIEF AUF DER MASCHINE ABZUSCHREIBEN, DEN DER CHEF NOCH VOR DEM MITTAG UNTERBEIHEHEN MUSS:
- UEBER DEN INHALT, DAS WARUM UND WIE DES BRIEFES ERFAHRT DER LEHRLING NICHTS.
- SO GEHT ES IHM AM NACHTMITTAG NOCH BEI MANCH ANDERER ARBEIT: SCHREIBKARFTE SIND VIEL ZU WENIG AUF DER KANZLEI, NACH VORLAGE ABZUSCHREIBENDE TEXTE HINGEBEN IN HUBLE UND FUELLE.....!
- ZWISCHENHINBIN "BITTER" EIN ALDUNKT UNSEREN PICCOLO, IHM ZIGARETTEN HOLEN ZU GEHEN UND EINIGE PRIVATE RECHNUNGEN AUF DER POST EINZUZAHLEN.
- MIT EINEM RIESSIGEN STAPEL DRUCKSACHEN UND BRIEFEN SIEHT MAN DEN VERWALTUNGSLEHRLING BEI ARBEITSSCHLUSS WIEDER AUF DIE POST EILEN.

«Ich halte nichts von der Testerei auf psychologischem Gebiet, ein Chlapf an Gring ist immer noch das beste.»

... so bestehe die Gefahr, daß man stehenbleibe und daß nötige Verbesserungen nicht oder erst zu spät eingeführt werden können. Andererseits habe das konservative Grundverhalten auch zur Folge, daß die Schule funktionstüchtig bleibe. Zudem könne man «Forderungen nach extremen Änderungen in der Schwerfälligkeit des (Red.: Verwaltungs-)Apparats leerlaufen» lassen ...

Wenn sich «Anstaltsdirektoren» und «hohe» Politiker solchermaßen äußern, stimmt's im schweizerischen Erziehungs- und Bildungswesen ganz sicher nicht mehr. Wo liegt denn das Übel: bei Erziehenden, aufbegehrenden Zu-Erziehenden oder am Bildungssystem überhaupt?

Tatsächlich lohnt es sich, dem heute wahrscheinlich meistdiskutierten Thema etwas nachzugehen: Die Studie Professor Kneschaureks («Perspektiven des schweizerischen Bildungswesens», Teil der vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Studie «Entwicklungsperspektiven der schweizerischen Volkswirtschaft bis zum Jahr 2000») zeigt deutlich den Rückstand der schweizerischen Bildungsstruktur gegenüber dem Ausland. Es kann von einem eigentlichen schweizerischen Bildungsnotstand gesprochen werden.

Zur Lösung hat auch der Werkbund mitzuhelfen.

Selbstverständlich ist es nicht möglich, über eine solch weitreichende Problematik wie Erziehung und Bildung in einer Nummer dieser Zeitschrift zu informieren. Geplant ist daher eine Artikelfolge in mehreren Ausgaben der SWB-Kommentare. Es soll Kritik am heutigen System geübt, Strategien und Modelle sollen gezeigt werden. Damit wirklich der enormen Wichtigkeit des Themas entsprechend über längere Zeit diskutiert werden kann, ist auch Ihre Mithilfe und Meinung erforderlich.

In den Monaten September und Oktober fand die «SWB-Aktion 71» (Ortsgruppe Bern) mit dem Thema «Lehrzeit – Leerzeit» statt. Hören wir wegen der Aktualität als erstes einen Bericht dazu.

Am 7. Dezember wurde Hans Finsler, von 1946–1953 1. Vorsitzender des SWB, 80jährig. Im Namen aller Werkbundmitglieder dürfen wir ihm recht herzlich zu seinem Geburtstag gratulieren. (Da unser Jubilar in allen größeren Tageszeitungen und Zeitschriften gewürdigt wurde, möchten wir hier auf eine Wiederholung verzichten.)



Photo: W. Binder ZH

Berichte zur SWB-Aktion 71, Ortsgruppe Bern «Lehrzeit – Leerzeit»

Bisher waren Lehrlinge billige Arbeitskräfte für den Chef. Jetzt beginnen sich die jungen Leute in Interessengemeinschaften zu organisieren – meistens ist dann der Boß ob solch bösem Tun, wie zum Beispiel der Forderung nach richtiger Ausbildung, statt Hilfsarbeiter oder Mädchen für alles zu sein, aufgebracht.

Müßte man nicht ganz konkret sofort Hp. Finger Die Berufsbildungsaktion der Werkbund-Ortsgruppe Bern

Der Tatbestand ist klar: Die Ortsgruppe Bern des Werkbundes organisierte vom 23. September bis 22. Oktober zum Thema «Lehrzeit – Leerzeit» eine «wachsende» Ausstellung. In drei Gesprächswochen (23. September bis 15. Oktober) fanden im Gewerbemuseum Bern Referate und Podiumsdiskussionen namhafter Exponenten statt. Filmveranstaltungen, Theateraufführungen und Berufswerbeaktionen ergänzten das Programm. In der vierten Woche (18. bis 24. Oktober) wurden die Ergebnisse der Diskussionen in einer Ausstellung einem breiten Publikum zugänglich gemacht. «Wachsend» war die Ausstellung insofern, als die Ergebnisse der drei Arbeitswochen laufend gesichtet, zusammengestellt und visualisiert zur anschließenden Ausstellung aufbereitet wurden. Lehrlingsgruppen, Vertreter der Parteien, Berufsverbände der eidgenössischen und kantonalen Behörden, der Gewerkschaften, der Wirtschaft und der Lehrerschaft waren dabei. Im kontradiktorischen Gespräch wurden Vorschläge für Reformen verarbeitet und sollen nach der Ausstellung in einem Report Niederschlag finden.

Die ganze Aktion war in einem unerwarteten Ausmaß publizitätswirksam: Über 100 Zeitungen (von der honorigen NZZ bis zum «Echo von Grindelwald») berichteten mehrmals mit einer

Ausstellungsgraphik: Rös Graf-Gfeller
Photo: U. Graf, Bern

Gesamtauflage von mehreren Millionen Exemplaren (!) über die Aktion. Auch Radio und Fernsehen waren mit mehreren Sendungen dabei.

Für die Ausstellung wurden die Resultate der Podiumsgespräche, Vorträge und Diskussionen visualisiert und mittels Video-Recorders, Plänen, Montagen, Photographien und Plakaten optisch sichtbar gemacht. So vermittelte die Ausstellung einen lebendigen Eindruck von den Mißständen in der Berufsbildung. Sie prangerte insbesondere die ungleiche Behandlung der Berufsschüler gegenüber den Mittelschülern an. Während letztere bis zum 20. Altersjahr alle Berufswahlmöglichkeiten offen haben, müssen sich die Lehrlinge schon mit fünfzehn Jahren für einen bestimmten Beruf entscheiden. Dazu kommt, daß dem Lehrling zu wenig Allgemeinbildung vermittelt und er allzufrüh als Ertragsfaktor betrachtet wird. Harte Kritik wurde an der Berufsberatung und der traditionellen Meisterlehre geübt. Berufsberater wie Lehrmeister seien bei ihrer heutigen Ausbildung absolut unfähig, dem Lehrling jene Informationen beziehungsweise Ausbildung zu vermitteln, auf die er als Staatsbürger eines Kulturlandes Anspruch hätte. Als Alternative zur heutigen Meisterlehre wurde die Integration der Berufsbildung in ein Gesamtschulsystem gefordert, zur Behebung der Berufsbildungsmisere ein gesamtschweizerisches Institut für Berufsforschung.

Die verschiedenen Voten der über 50 Podiumsteilnehmer lassen sich – bei Anwendung eines vereinfachten groben Rasters – in zwei Gruppen aufteilen. Auf der einen Seite waren die Vertreter der Wirtschaft und ihrer Mittler, der Behörden, Schulen und der politischen Parteien. Sie waren sich größtenteils einig, daß die Berufsbildung der Privatwirtschaft anheimgestellt bleiben müsse und daher nur bedingt reformierbar sei. Auf der andern Seite waren die Vertreter der Wissenschaft, freier Berufe und der Lehrlinge, die sich – mit Nuancen – darin einig waren, daß es eigentlich keine Gründe gegen, sondern nur Gründe für eine Verstaatlichung der Berufsbildung gibt. Zumindest emotional standen die SWB-Vertreter der zweiten Gruppe nahe. Es würde zu weit führen, wollte man an dieser Stelle die über 50 Podiumsteilnehmer zu Wort kommen lassen.

Wir wollen daher im folgenden versuchen, das Grundsätzliche der Berufsbildungsproblematik, wie es bei der SWB-Aktion zeitweise recht deutlich aufgedeckt wurde, zusammenzufassen, ohne ausdrücklich auf einzelne Voten und Detailvorschläge hinzuweisen.

Der Kompensationscharakter unseres Bildungssystems

Es ist oft genug überzeugend nachgewiesen worden und hat sich auch bei der SWB-Aktion erneut gezeigt, daß unser gegenwärtiges Bildungssystem ein preußisch-neuhumanistisches, vorwiegend unter dem Einfluß W. von Humboldts gewordenes ist. Es ist ein Kompensationssystem, und zwar in folgendem Sinne: Gehen wir von der gesellschaftlichen Lage aus, in der sich das aufkommende Bürgertum am Ende des 18. Jahrhunderts befand. Von der Teilhabe an der politischen Macht ausgeschlossen, die den alten feudalen Gruppen trotz ihres Funktionsverlustes vorbehalten blieb, gesellschaftlich unterprivilegiert, gleichzeitig aber unfähig zur Revolution, hat das Bürgertum einen Ersatz für seine fehlende gesellschaftliche Anerkennung gesucht und eine Quelle eigenen Prestiges in der Bildung gefunden, und zwar in einer solchen, an der die herrschenden Gruppen nicht wirklich interessiert waren. Eine solche Bildung aber ließ sich nur in einem von der Wirklichkeit losgelösten

Bereich der Reflexion finden. Ihr Gegenstand waren die großen Ideen und vorbildlichen Gestalten der Menschengeschichte, welchen man in der Betrachtung der Zeit des klassischen Griechentums und des Humanismus nahezu kommen glaubt. Im Nacheifern und Verinnerlichen wurde versucht, die eigene Person zur harmonischen Persönlichkeit zu nobilitieren und zu einem würdigen Mitglied der «Geistesaristokratie» werden zu lassen, in deren internem Verkehr die Prinzipien einer humanen Welt im Gegensatz zu denjenigen der Welt bloßer «Wirtschaftlichkeit» galten.

Diese Fehlorientierung forderte Ausschluß und Abkehr von der sozialen Wirklichkeit, also Verzicht auf eine kritische Durchdringung der eigenen gesellschaftlichen Situation. Das begründet Stärke wie Schwäche des neuhumanistischen Bildungsprinzips: seine Stärke insofern, als der gesellschaftlichen Wirklichkeit – insbesondere der wirtschaftlichen und politischen



Praxis – ein kritischer Maßstab idealer Menschlichkeit vorgehalten wurde, seine Schwäche, da diese Kritik durch ihre Orientierung an der Vergangenheit, durch ihre Verinnerlichung im Bewußtsein und durch ihre Zurücknahme ins unverbindliche Bildungsraisonnement von vornherein zur politischen Unwirksamkeit verurteilt war. Unser humanistisches Bildungssystem war, ist und bleibt daher das notwendig uneingelöste Versprechen auf das befreite, befriedigte Leben des seiner selbst mächtigen Menschen.

Unser Bildungssystem leistete jenen demokratischen Auftrag, zu allseitiger Kommunikation in der Gesellschaft zu befähigen, gerade nicht, sondern bereitete auf eine schichtspezifische exklusive Kommunikation vor.

Volksschule oben ohne

Diese Wirklichkeitsferne unseres Bildungssystems hatte einerseits zur Folge, daß das Schwergewicht in der höheren gymnasialen Schulbildung – als einer zweckfreien humanistischen Bildung – lag und letztlich auf eine als Bildungsinstitution konzipierte Universität ausgerichtet war. Damit ließ es die Volksschule ohne eigene Bildungsidee und degradierte sie zur Vermittlungsstelle elementarer Wissensvoraussetzungen im Rechnen, Schreiben und Lesen. Andererseits bedeutet die Wirklichkeitsferne unseres Bildungsdenkens, daß sich diese Bildung auch nur die leisten konnten, deren weiterer Lebensweg sowieso unabhängig vom Grad ihrer Bildung durch ihre gesellschaftliche Herkunft gesichert war, so daß sie diese Bildung als zusätzliche persönliche Bereicherung genießen konnten.

Am schwersten fällt aber ins Gewicht: *Der Verbannung der Praxis aus dem Bildungsbereich entsprach ein wirtschaftsabgewandter, wenn nicht sogar feindlicher Bildungskanon, und: Die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche (Handwerk, Handel, Industrie) konnten ihre Rekrutierungsprozesse selbständig vornehmen, so daß sich der soziale Aufstieg für den weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung im gesellschaftlichen Privatraum, vor allem der Wirtschaft, vollzog.* Das geschah auf dem Wege, daß man die Berufsausbildung aus der staatlichen Kulturhoheit ausklammerte und sie damit privaten Zielsetzungen überließ. Institutionell hatte das die Trennung von allgemeinbildenden Schulen als «Veranstaltungen des Staates» und Berufsausbildungsprozessen als «Veranstaltungen der Wirtschaft» zur Folge.

Humboldts Trennung der allgemeinen Schulen des Staates, die der Persönlichkeitsbildung dienen sollten, von den «speziellen» Schulen für jedes bedeutende Gewerbe, in denen dem Jugendlichen «Fertigkeiten» zur Anwendung vermittelt werden sollten, führte schließlich in seinen Auswirkungen auf das Volks- und Berufsschulwesen zur Erhaltung beziehungsweise Wiederherstellung vorindustrieller Gesellschaftsformen. Die Berufsausbildung von Handwerkern und Arbeitern ist entbildet und auf den Bereich der Produktion eingeschränkt. Diese Bildungslosigkeit wird noch dadurch verschärft, daß die Berufsausbildungspraxis ihren Schatten schon auf die Volksschule vorauswirft, die, weit entfernt davon, auch nur den ihr von der neuhumanistischen Theorie noch zugeschriebenen sehr rudimentären Bildungsauftrag erfüllen zu können, sich damit begnügen muß, elementare Ausbildungsvoraussetzungen zu schaffen und die Kinder mit Hilfe religiös-moralischer Unterweisung zu disziplinieren.

Praxisferne der Bildung – Bildungsferne der Praxis

Praxisferne der höheren Bildung sowie Bildungsferne der Praxis – und das heißt zugleich der praktischen Berufsausbildung – und ein undemokratisches Bildungssystem sind nicht zwei verschiedene Probleme, sondern eines, und dieses Problem geht in gleicher Weise den Aufbau des gesamten Bildungssystems – einschließlich der Berufsbildung – wie die Bildungsinhalte der einzelnen Schultypen an. In dem Maße, in dem Bildung als gesellschaftliches Leistungswissen den Charakter einer Produktivkraft annahm, mußte sich der im Mußbeizarakter des neuhumanistischen Bildungsprinzips begründete Ausschluß der Arbeiterschaft von höherer Bildung als klassenbildend erweisen und mußte gleichzeitig das Bildungssystem als Ganzes seinen sozialen Gestaltungsfunktionen nicht gerecht werden können. Aufzuheben wäre – und ist – dieser Klassencharakter des Bildungssystems nur durch eine Überwindung des Bildung/Praxis-Gegensatzes, die ihrerseits das Problem eines neuen einheitlichen Bildungssystems ist, das auf einem in kritischer Weise auf gesellschaftliche Praxis bezogenen Bildungsprinzip beruht.

Die Konsequenz für die Neustrukturierung des Bildungssystems bestünde darin, eine einheitliche «Jugendchule» unter Einschluß von Berufsausbildungsprozessen einzurichten, die möglichst alle Jugendlichen zu einer «Maturreife» brächte. Diese wäre jetzt nicht mehr in erster Linie Zertifikat für den Zu-

gang zur Universität, sondern wirkliches Reifezeugnis. Damit wäre die Schule im Interesse ihrer Sozialisations- und Erziehungsfunktion von der Aufstiegsfunktion, die dann nachfolgende Fachschulen und Hochschulen vordringlich wahrnehmen, entlastet, trüge ihr jedoch immer noch soweit Rechnung, als sie bessere Aufstiegsvoraussetzungen für alle Jugendlichen schaffte und damit auch ein gerechteres Auslesesystem darstellte als das gegenwärtige Schulsystem.

Im Dienste privatwirtschaftlicher Interessen

Wegen des unvermittelten Verhältnisses von Bildung und Praxis stabilisiert das bestehende Bildungssystem die in der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung angelegte Klassenstruktur der Gesellschaft. Das gegenwärtige Bildungssystem dient dem privatwirtschaftlichen Interesse dadurch, daß es eine Bevölkerung heranzieht, die zu einem Teil in einer praxisabgewandten Bildungstradition erzogen ist (höhere Schule) und zum andern – weitaus größeren – Teil in einer gleichsam zu praxisnahen Ausbildung ihre gesellschaftliche und politische Orientierung unvermittelt aus der Praxis bezieht. Das Ergebnis ist für beide Teile recht ähnlich: Sie sind außerstande, wirtschaftliche – und das heißt in diesem Fall privatwirtschaftliche – Ansprüche im Betrieb wie in der Gesellschaft durch rationale Einsicht in sozioökonomische Zusammenhänge zu kontrollieren.

Die Aufrechterhaltung der bestehenden Bildungsstruktur bedeutet die Aufrechterhaltung herrschaftsspezifischer Sozialisations- und Ausbildungsinstitutionen. Nur unter diesem Aspekt lassen sich bildungspolitische Vorschläge richtig beurteilen. *Eine einzelne bildungspolitische Maßnahme könnte nämlich für den betreffenden Schultyp sinnvoll und fortschrittlich erscheinen, ohne es aber im Interesse einer Demokratisierung des Bildungssystems insgesamt zu sein. Eine den einzelnen Schultyp isolierende bildungspolitische Betrachtungsweise übersieht, daß das momentan wichtigste Problem schweizerischer Bildungspolitik nicht kurzfristige Rationalisierungsmaßnahmen und pragmatische Vorschläge für die einzelnen Schultypen innerhalb des bestehenden Bildungssystems, sondern die prinzipielle Neuordnung des Bildungssystems ist, die dessen Herrschaftscharakter aufhebe.*

Betrachtet man die unternehmerische Bildungspolitik unter diesem Gesichtspunkt, so erkennt man, daß auch die Unternehmer theoretisch das gestörte Verhältnis von Bildungstheorie und gesellschaftlicher Praxis erkannt haben, in der Praxis jedoch alles zu tun bereit sind, um dieses status-quo-freundliche Mißverhältnis aufrechtzuerhalten. Das Problem wird auf einen didaktischen Aspekt verkürzt, das heißt, es wird nur als mangelhafte Repräsentation praktischer und vor allem wirtschaftlicher Gegenstände und Vorgänge im Bildungskanon der allgemeinbildenden Schulen artikuliert. So schrieb zum Beispiel Prof. Dr. R. Dubs, Ordinarius für Wirtschaftspädagogik und Leiter des Instituts für Wirtschaftspädagogik an der Hochschule St. Gallen, im Auftrag der «Wirtschaftsförderung», daß der Abbau der heutigen Wirtschaftsfeindlichkeit nur durch den Einbau von mehr wirtschaftlichem Unterrichtsstoff an Volksschule und Gymnasium erreichbar sei. Denn: «Viele Lehrer sind während ihres ganzen Bildungsganges nie mit wirtschaftlichen Sachverhalten konfrontiert worden, so daß die Wirtschaft für sie etwas Magisches, unbeeinflussbares Sachzwängen Unterliegendes bleibt.» Deshalb müsse dem Lehrer «ein allgemeines Wirtschafts- und Gesellschaftsverständnis» beigebracht werden, auf daß die Wirtschaftsfeindlichkeit aufhöre. Das Dilemma zwischen allge-

meiner und beruflicher Bildung umgeht Dubs elegant, indem er sich mit den Berufsschulen, denen er die «wirtschaftsberufliche Bildung» zuweist, im folgenden gar nicht mehr befaßt. Er stürzt sich vielmehr auf die Volksschulen und Gymnasien und möchte ihnen ein Unternehmer-Goodwill-Programm – umfassend «Wohlstand und Wohlstandszuwachs, Wirtschaftsordnungen, Geld, Konjunktur, Finanzwirtschaft, Außenwirtschaft» – aufpfropfen.

Bildungspolitik des Gewerbeverbandes

In diesen Zusammenhang gehört auch die gegen das neuhumanistische Bildungsideal erhobene Anklage, es sei dafür verantwortlich, «daß die Arbeiter mit ihren Problemen allein gelassen werden», und es habe den «pädagogischen Auftrag gegenüber den in der Arbeitswelt Tätigen» verstellt, der positiv in der Vorbereitung der «jungen Menschen in ihren Wert- und Sozialvorstellungen auf Arbeit und Beruf» gesehen wird. Bände spricht in diesem Zusammenhang der Berufsbildungsbericht des schweizerischen Gewerbeverbandes (Dezember 1970). Zum Beispiel: «Der Volksschule erwachsen ... neue Aufgaben, indem sie die Schüler in vermehrtem Maß zur Arbeit zu erziehen hat. Die Intellektualisierung der Schule birgt die Gefahr in sich, daß nicht mehr im Blick auf die Meisterung des Lebens gebildet wird.»

Es soll also nicht die reale Veränderung der sozialen Situation des Arbeiters – wie immer man sich eine solche Veränderung vorstellen mag – die Entfremdung aufheben, vielmehr soll die mentale Einübung in die «Zwänge industrieller Verfahrensweisen» den Arbeiter sich mit seiner Situation abfinden lassen.

Bildungsinstitutionen werden gleichsam auf Zubringerdienst für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Praxis reduziert, ohne ihnen eine sozialaktive Rolle einzuräumen

Die bildungspolitische Quintessenz gerade des Gewerbeverbandes liegt darin, daß die unternehmerische Wirtschaft die prinzipielle Trennung von Bildungseinrichtungen als Aufgabe der Privatwirtschaft unbedingt aufrechterhalten will. Daß zwischen Bildung und Ausbildung ein Unterschied sein könnte, wird zum Beispiel im erwähnten Bericht des Gewerbeverbandes

gar nicht gesehen. Wörtlich: «Das in der Öffentlichkeit geltend gemachte Postulat 'Recht auf Bildung', unter dem vernünftigerweise das Recht auf eine den Fähigkeiten entsprechende Ausbildung verstanden werden soll, wird durch die Betriebslehre in der Schweiz seit Jahren weitgehend verwirklicht. Beim System der Betriebslehre kann von einer optimalen Synthese zwischen theoretischer und praktischer Ausbildung und Erziehung gesprochen werden.» Als Hauptvorteil der Betriebslehre wird in stolzem Ton hervorgehoben, «daß der schweizerischen Wirtschaft jährlich 40 000 ausgebildete Nachwuchskräfte zur Verfügung gestellt werden, ohne die öffentliche Hand stark zu belasten».

Als Vorteil der betriebsgebundenen Ausbildung wird ferner hervorgehoben, daß der Jugendliche nicht nur geschult, sondern durch den «Kontakt mit Vorgesetzten und der Kundschaft, durch den Zwang der Termineinhaltung, durch den Umgang mit Maschinen und Werkzeugen usw. auch zur Ehrlichkeit, Verantwortung, Pünktlichkeit und zu selbständigem Denken und Arbeiten erzogen» werde.

Sogar die Lehrwerkstätten werden vom Gewerbe nur mit Vorbehalten akzeptiert. Denn: «Die Lehrwerkstättenlehrlinge werden weitgehend außerhalb der praktischen Berufswelt ausgebildet und müssen sich nach Lehrabschluß vorerst an den raschen Rhythmus der realen Arbeitswelt gewöhnen.» Daß dieser Rhythmus geändert werden könnte, fällt den Gewerbebossen offenbar gar nicht ein. Auch eine Reduktion der herkömmlichen Lehrzeit zugunsten einer verlängerten Schulzeit fällt für den Gewerbeverband außer Betracht, «weil dadurch den Betrieben für die Ausbildung (lies für den Profit am Lehrling) immer weniger Zeit zur Verfügung steht».

Zusammenfassend können wir sagen, daß die SWB-Aktion zeigte, daß die heutige Berufsbildung in einem Raum stattfindet, dessen primäre Zwecksetzung die Produktion von Gütern und die Erzielung von Profiten und nicht die Entfaltung und Sozialisation von Individuen ist. Um die Klassenstruktur unserer Gesellschaft zu beseitigen und die schöpferischen Kräfte in allen Menschen freizulegen, müßte daher mit aller Härte die Lösung der Berufsbildung aus der Abhängigkeit von den Produktionsmechanismen der kapitalistischen Wirtschaft gefordert werden.

Kritik am Werkbund

Als Außenstehendem, dem es vergönnt war, die SWB-Aktion aus nächster Nähe zu verfolgen (ich betreute die Pressestelle), seien mir noch ein paar ketzerische Gedanken erlaubt. «Taten scheinen dringender als Worte», stand im Programm-entwurf. Trotzdem scheute man die Arbeit nicht, eine vierwöchige Plattform für «Worte» zu inszenieren. Am Anfang war das Wort, und am Schluß waren das Wort und ein paar Photographien und Plakate. Verdacht: SWB-Unternehmer gehen hinter Wortschwall in Deckung.

Dabei bestand eigentlich kein Zweifel. Die Berner SWB-Exponenten sind fortschrittlich gesinnt. Im Aktionsprogramm stand fettgedruckt: «Leitgedanke: zuerst Menschenbildung.»

Daß dieser rote Faden weit von den heutigen Verhältnissen abweicht, zeigte sich im Verlauf der Aktion immer deutlicher. Trotzdem wollte sich der SWB nie festlegen und versprach lediglich, «das ganze Spektrum der Auffassungen» in einem Report vorzulegen.

Das versteht besser, wer die neuen SWB-Zielsetzungen zu Hilfe nimmt. Dort steht (provisorisches Aktionsprogramm) folgender Prachtsatz: «Das Erlebnis der Relativität und subjektiven Bedingtheit aller Betrachtungsweise zwingt vorerst zu Skepsis und kritischer Toleranz. Das ist das Wagnis, das der SWB eingeht.» Bezüglich Berufsbildung liegt das SWB-«Wagnis» zum Beispiel also darin, dem Leitgedanken der Menschenbildung wegen der «subjektiven Bedingtheit aller Betrachtungsweise» Skepsis – und der Heranzüchtung von Arbeitstieren durch Industrie und Gewerbe «kritische Toleranz» entgegenzubringen.

Damit bindet das ominöse «Erlebnis der Relativität und subjektiven Bedingtheit aller Betrachtungsweise» dem SWB die Hände, sich hier und heute aktiv für «die Gestaltung der Umwelt in ihrer Gesamtheit» (Statuten!) einzusetzen.

Der gleiche SWB, den «bei dem Gedanken, einem vordergründigen Ästhetizismus zu huldigen, ein Unbehagen ergreift», huldigt einem von der Wirklichkeit losgelösten Bereich der Refle-

xion, der, wie oben geschildert, durch die Verinnerlichung im Bewußtsein und die Zurücknahme ins unverbindliche Bildungsraisonnement von vornherein zu politischer Unwirksamkeit verurteilt ist.

Aus diesem Dilemma gibt es nur einen Ausweg: Man müßte hinterm (ach so warmen) Ofen der unverbindlichen Reflexion hervorkommen. Mit einer Volksinitiative zum Beispiel.

Hp. Finger

Verwendete Literatur

«Wirtschaftliche Bildung an unseren Schulen» (wf-Schrift von Prof. Dubs)
Berufsbildungsbericht des Schweizerischen Gewerbeverbandes
Berufspädagogik unter ideologiekritischem Aspekt (G. Stütz, Suhrkamp)
Beruf und Gesellschaft in Deutschland (Leske-Verlag, Opladen)
Berufsbildung und Allgemeinbildung (Theodor Litt, Quelle & Meyer)
Ausbildung und Herrschaft (M. Baethge, Europäische Verlagsanstalt)
Gesamtschule und berufliches Schulwesen (Schannewitzky, Verlagsgesellschaft R. Müller)